



Keine Hetze gegen Hundeführer

Die Gewerkschaft der Polizei (**GdP**) verwahrt sich gegen die pauschalen Vorwürfe gegen die Hundeschule der Polizei in Herzogau und die Hundeführer(-innen). Die Presseveröffentlichungen sowie die Kommentare Außenstehender sind nicht geeignet, mögliche Unzulänglichkeiten sachlich aufzubereiten. Vielmehr erhärtet sich der Verdacht, dass Randereignisse und der Ministerwechsel dazu benutzt werden, die Hundeschule zu diskreditieren, um über 8 Jahre alte politische Entscheidungen verändern zu können – auf dem Rücken engagierter Hundeführer(-innen).

Die Hundeschule der Polizei wurde durch eine politische Entscheidung in Herzogau aufgrund der Grenzlandförderung gegründet und dem Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei angegliedert. Die Hundeschule erfuhr im Laufe der Zeit Lob und Anerkennung durch ihre Tätigkeit in Bayern und über Bayern hinaus. In Gesprächen mit Hundeführern erklärten sich diese mit den anonymen Vorwürfen nicht einverstanden und äußerten sich mit einem überwältigenden Urteil positiv über die Ausbildung und über die Ausbilder.

Die **GdP** nimmt das anonyme Schreiben zur Kenntnis und steht für eine sachliche Aufklärung der Vorwürfe. Die **GdP** betreibt aber keine Vorverurteilung der in Herzogau Beschäftigten und der Hundeführer und hält sich an die Unschuldsvermutung. Mittlerweile bestätigt das Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Regensburg, dass keine strafrechtlichen Straftatbestände verletzt wurden. Auch der Bayer. Innenminister Herrmann steht den Vorwürfen distanziert gegenüber. Es bleibt demnach die beamtenrechtliche und disziplinarrechtliche Würdigung.

Was offen ist sind Fragen: Warum wurden nicht schon früher Eingaben zur Verbesserung der geschilderten Situation gemacht? Wer hat die eventuellen Eingaben abgelehnt? Warum wurde nicht bei angeblichen Überforderungen von Hunden eingeschritten? Gab es Eingaben anderer Polizeipräsidien, die eine Ausbildung an der Hundeschule ablehnten? Warum gingen der oder die anonymen Briefschreiber nicht schon früher an die Öffentlichkeit und gerade jetzt? Hat das mit dem Ministerwechsel und der Bekanntgabe der behördlich geplanten und zugesagten Renovierung in Herzogau zu tun? Ist die Veröffentlichung das Ziel, die Hundeausbildung um jeden Preis wieder zu dezentralisieren? Im Zeichen der bei der Polizei vorhandenen Mobbing-Beauftragten, Gleichstellungsbeauftragten, des Sozialpädagogischen Dienstes, des Zentralen Psychologischen Dienstes, der Polizeiseelsorger, Personalräte und Gewerkschafter ist für die Polizeibesetzten die Aktion des Anonymus bzw. der Ungenannten jedenfalls unverständlich. Das jetzige Brandmarken haben die Hundeführer(-innen), die Beschäftigten in Herzogau, das Fortbildungsinstitut, die Bereitschaftspolizei nicht verdient, da sie keine Gelegenheit hatten, sich zu äußern bzw. die Anschuldigungen zu entkräften. Den Hundeführern(-innen) Angst vor der Meinungsäußerung aufgrund der Befürchtung von Repressalien zu unterstellen, entbehrt daher aus Sicht der **GdP** der Grundlage.

